

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Freitag nachmittags. Bezugspreis frei Po. 12.00 monatlich 115,- M. ohne Zuleitungsgeld. Verlag: Halle 115, - M. Durch die Reichsdruckerei, Berlin 1047, Reichstr. 12-14, 4-8 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 6.- M. für den Millimeter Höhe und Spalte: 10.- M. für Retikeln, anschließend an den dreizehnten Teilchen. Anzeigen bis zum 10. September 3 Uhr werden, größere tags vorher. - Postfach: Leipzig 1068 68, Fritz Strub, Halle

Einzelpreis 5 Mark

Montag, den 11. September 1922

2. Jahrgang, Nr. 212

Organisiert den Reichsbetriebsrätekongress!

Der Beschluß der Berliner Betriebsräte-Vollversammlung

Die Vollversammlung der Berliner Betriebsräte beschloß grundsätzlich, durch einen Ausschuß der deutschen Betriebsräte einen Reichsbetriebsrätekongress einzuberufen, der spätestens am Sonntag, 22. Oktober, in Berlin zusammenzutreten hat, um den Kampf um die Kontrolle der Produktion als einziges Mittel gegen die Verelendung des Proletariats einzuleiten.

Die Vollversammlung fordert die Kollegen im Reich, ordnungsgemäße Delegierte am Sonntag, dem 17. September 1922, nach Berlin zu entsenden, die mit dem Ausschuß der Berliner Betriebsräte einen

Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte

konstituieren sollen. Der Ausschuß wird mit allen Vorbereitungen beauftragt.

Trotzdem der Vorstand des DGB, dem Jüngher-Ausschuß der Berliner Betriebsräte erklärt hat, er werde einen Reichsbetriebsrätekongress einleiten, beauftragt die Vollversammlung den sich bildenden Reichsausschuß, vom Vorstand des DGB, eine Antwort mit Frist von 5 Tagen zu verlangen auf die Frage, ob er wirklich gewillt ist, entgegen dem klaren Willen der ausstehenden Teile des deutschen Proletariats seine Sabotage fortzusetzen.

Wohnt der DGB, die Einberufung bis zum 22. Oktober ab oder rüchert er an der Bedingung der Umwälz, so soll der Reichsausschuß sofort eine Mahfordnung und die Tagesordnung des Kongresses bekanntgeben, und die Einberufung vollziehen.

Arbeiter Deutschlands!

Die Vollversammlung der Berliner Betriebsräte fordert Euch auf, dieselben Schritte zu tun, die die Berliner Kollegen unternehmen haben. Der Reichsbetriebsrätekongress muß kommen, und er muß kommen als Willensausdruck des Klassenbewußten Proletariats in den Betrieben.

Unschuldig von den sabotierenden Bureaucraten muß er stattfinden. Ein Kongress des Kampfes soll er sein, ein Kongress des Klassenbewußten deutschen Proletariats, das fest und entschlossen ist, den Kampf gegen Teuerung und Verelendung zu führen.

Kollegen im Reich!

Von Betrieb zu Betrieb, von Mann zu Mann müßt Ihr Euch zusammenschließen, müßt Ihr Euch Eure eigenen Organe bilden, müßt Ihr Euch die Waffen schmieden zu Eurem Kampfe, müßt Ihr auch die Finanzierung dieses Kampfes übernehmen, zu dem keine Instanz etwas beitragen wird, wenn Ihr sie nicht zwingt.

Arbeiter, Kollegen!

Schließt Euch zusammen! Handelt schnell und entschlossen! Schafft Euch Eure Organe, Eure Kontrollausschüsse - und keine Sabotage wird Euch hindern können.

Eure Selbsthilfe ist ein Schritt von größter geistlicher Bedeutung.

Es gilt, jeden Klassenbewußten Arbeiter aufzurütteln, es gilt jeden revolutionären Proletarier auf die Spitze zu rufen!

Auf zum Kampf für die Kontrolle der Produktion!

Für den Reichsbetriebsrätekongress!

(Eigener Bericht)

Für den Reichsbetriebsrätekongress

(Eigener Bericht)

Die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre im Kreise Torgau, sie zu dem Gewerkschaftsamt Torgau, Dommitzsch und Annaburg gehören, haben am Sonntag nach Referat des Sozialdemokraten Heile, Halle (E.D.) und Schumann, Halle (K.P.D.), einstimmig folgende Entschloßung angenommen:

„Die Kreisreferenzen der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre der Ortsausschüsse Torgau, Dommitzsch und Annaburg, stellt sich auf den Boden der Beschlüsse der Berliner Betriebsrätevollversammlung vom 8. September. Sie hält die Maßnahmen des DGB, nicht für genügend. Der DGB, muß die Waffen seiner Mitglieder zu energischen Kämpfen für die Befreiung des 11. Kongresses zur Sacharbeiterfrage, zur Arbeiterlohnfrage, zur Teuerung und zur Freilassung der politischen Inhaftierten ansetzen.

Um die dauernde Verelendung der breiten Volksmassen geschlossen im ganzen Reich abzumehren, muß sofort eine Vollversammlung der Betriebsräte abgehalten werden, der dann die Reichskonferenz folgen muß.

Die Reichskonferenz muß für Bekämpfung der Lebensmittelverknappung, die Bekämpfung der Arbeiterfrage für Höchstpreise und Preiskontrolle, staatliche Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben, die Bekämpfung der Arbeiterfrage für die Bekämpfung der Teuerung, die Bekämpfung der Steuern auf den Verbrauch, den Verbrauch und das

Arbeitsloswerden, Aufhebung des Bank- und Geschäftsheimnisses, Erwerb der Rechte der Betriebsräte bis zur Kontrolle über die Geschäfts- und Betriebsführung, Verstaatlichung der Kohle- und Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes und für wirtschaftlichen und politischen Anschluß an Sowjet-Rußland mit aller Kraft wirken.“

Einstimmig wurde auch folgender Antrag angenommen:

„Die heutige Konferenz der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre beschloß, das Bezirksamt zu erlösen, daß innerhalb ganz kurzer Zeit eine Betriebsrätekonferenz für den Regierungsbezirk Merseburg einzuberufen wird.“

Der folgende Antrag wurde gegen nur 6 Stimmen angenommen:

„Die am 10. September im „Eisort“ zu Torgau stattfindende Betriebsräte- und Funktionärekonferenz des Kreises Torgau beschloß, einen Kollegen zu dem am 17. September in Berlin stattfindenden Betriebsrätekonferenz zur Bildung eines Reichsausschusses für Betriebsräte Deutschlands zu delegieren.“

Bergarbeiterverbände für Ueberstichten

Sicherung der Wiederaufbauprofit des Stinnesphäres

Die vier Bergarbeiterverbände erließen einen gemeinsamen Aufruf, in dem sie darauf hinweisen, daß das Ueberstichten-Abkommen in freier Vereinbarung aus freistehenden wirtschaftlichen und außerpolitischen Gründen abgeschlossen sei. Die Grundworte der Sache, die von kommunistischer und unpolitisch-antirevolutionärer Seite gegen die Ueberstichten-Abkommen in den deutschen Bergbau war der erste Schritt zur Vermittlung der Stinnespläne, zur Realisierung der 6 Prozent Aufbauprofit.

Die Bergarbeiter des Ruhrgebietes sind auf den Verrat der arbeitgemeinschaftlichen Führer geübt. In ihrer Konferenz am 7. September haben sie sich die zum Ueberstichten nötigen Organe selbst geschaffen. Sie haben den Stinnespakt zerfallen.

Es ist zu erwarten, daß die Arbeiterbewegung den Vorgehen der Ueberstichten, die Bildung von Kontrollausschüssen, Enderhebung einer Reichsbetriebsrätekonferenz, Lohnnachzahlungen und schließlich der Kampf gegen die Teuerung. In einem Aufruf an die arbeitende Bevölkerung sollen in öffentlichen Volksversammlungen die Kontrollausschüsse gewählt werden, die bei den Ortskomitees die Bildung der Höchstpreise entgegen dem Vorgehen der Ueberstichten, die Bildung von Kontrollausschüssen, Enderhebung einer Reichsbetriebsrätekonferenz, Lohnnachzahlungen und schließlich der Kampf gegen die Teuerung. In einem Aufruf an die arbeitende Bevölkerung sollen in öffentlichen Volksversammlungen die Kontrollausschüsse gewählt werden, die bei den Ortskomitees die Bildung der Höchstpreise entgegen dem Vorgehen der Ueberstichten, die Bildung von Kontrollausschüssen, Enderhebung einer Reichsbetriebsrätekonferenz, Lohnnachzahlungen und schließlich der Kampf gegen die Teuerung. In einem Aufruf an die arbeitende Bevölkerung sollen in öffentlichen Volksversammlungen die Kontrollausschüsse gewählt werden, die bei den Ortskomitees die Bildung der Höchstpreise entgegen dem Vorgehen der Ueberstichten, die Bildung von Kontrollausschüssen, Enderhebung einer Reichsbetriebsrätekonferenz, Lohnnachzahlungen und schließlich der Kampf gegen die Teuerung.

Die gesamte Arbeiterschaft muß zur aktiven Solidarität bereit stehen.

Betriebsrätekonferenz in Gelsenkirchen

(Eigener Bericht)

In Gelsenkirchen tagte eine Betriebsrätekonferenz für Rheinland und Westfalen, die von den Vertretern der Bergarbeiter von 152 Fachanlagen aus dem Ruhrgebiet befehligt war. Nach ausführlicher Debatte wurde als Programm für die nächste Zukunft einstimmig angenommen: Bekämpfung der Ueberstichten, die Bildung von Kontrollausschüssen, Enderhebung einer Reichsbetriebsrätekonferenz, Lohnnachzahlungen und schließlich der Kampf gegen die Teuerung. In einem Aufruf an die arbeitende Bevölkerung sollen in öffentlichen Volksversammlungen die Kontrollausschüsse gewählt werden, die bei den Ortskomitees die Bildung der Höchstpreise entgegen dem Vorgehen der Ueberstichten, die Bildung von Kontrollausschüssen, Enderhebung einer Reichsbetriebsrätekonferenz, Lohnnachzahlungen und schließlich der Kampf gegen die Teuerung.

Ein Erfolg eines Kontrollausschusses

Ein Liter Milch 12 M., ein Ei 5 M.

Die Randwirte haben hier auf das Drängen des von den Betriebsräten gebildeten Aktionsausschusses ausgeführt, daß sie, um Lebensmittelknappung vorzubeugen, bereit seien, die Milch mit 12 M. pro Liter und das Ei mit 5 M. zu verkaufen. Und wollen sie Maßnahmen zur Verbilligung des Brotes und der Kartoffeln ergreifen.

Es ist selbstverständlich, daß nur eine über ganz Deutschland zentral durchgeführte Kontrolle der Produktion und der Verteilung der Arbeiterfrage trägtliche Lebensbedingungen schaffen kann. Der Reichsbetriebsrätekongress hat die Aufgabe, diese Kontrolle zu ermöglichen.

Ein Erfolg eines Kontrollausschusses

Ein Liter Milch 12 M., ein Ei 5 M.

Die Randwirte haben hier auf das Drängen des von den Betriebsräten gebildeten Aktionsausschusses ausgeführt, daß sie, um Lebensmittelknappung vorzubeugen, bereit seien, die Milch mit 12 M. pro Liter und das Ei mit 5 M. zu verkaufen. Und wollen sie Maßnahmen zur Verbilligung des Brotes und der Kartoffeln ergreifen.

Was ist zu tun?

Von W. G. S. (Halle)

Das Hungergespenst geht um. Die Früchte der wahrhaftigen kapitalistischen Politik beginnen herauszutreten und werden sich in trübseliger Form in der Verelendung der Arbeiterklasse auszuwirken. Während eine kleine Gruppe verfeindeter Kapitalisten das Entente-kapital mobilisiert, um die Erfüllung der Schwerte durch das internationale Kapital durchzuführen, schließen die „prominenten“ Führer der deutschen Arbeiterklasse den Schlaf des Gerechten und träumen von der hervorragenden Gnade der Herren „Stinnes und Karolinen“. Sie wägen durch heimlich-männchenhafte die Notlage der Arbeiterklasse heben zu können. Während Stinnes durch die Sanktionen der deutschen Regierung aus den Reparationsleistungen herausgewirbelt, gehen die heroischen Führer unter Vorwand der Neutralität zu den typischen Vertretern der herrschenden Bourgeoisie, um dort durch ihre Willkür die Gnade für die deutsche Arbeiterklasse zu erweilen, einen solchen Hungertod sterben zu dürfen.

Es aber mit diesen Vorkäufen der Gewerkschaftsführer zur Herabsetzung der Hunger der Arbeiterklasse gefüllt? Ist dadurch eine Bekämpfung der wüsten Preispekulation auf dem Warenmarkt möglich? Kann man dadurch die rapide Entwertung des Reallohnes der Arbeiterklasse aufhalten, oder zeigt nicht vielmehr die höhnische Ablehnung der Regierung den Arbeitern das Gegenteil? Ist das nicht eine Schwäche der „starken“ deutschen Gewerkschaften, daß gerade sie, anstatt den organisierten Kampf der Arbeiterklasse gegen diese Vollauswechslung aufzunehmen, in Form von Willkür die Arbeiterklasse absetzen wollen? Es ist nicht mehr Zeit, mit dieser Passivität Schluch zu machen und das gelamte Proletariat zum Kampfe um eine Lebensform zu erweilen?

Gerade an diesen Vorkäufen erkennt die deutsche Arbeiterklasse sehr deutlich, daß die Arbeitgemeinschaftspolitik am Ende ihres Lebens angekommen ist. Gerade in den Vorkäufen der deutschen Gewerkschaftsführer und der höhnischen Abfolge der Regierung dazu definiert sich die Unfähigkeit der Politik der Klassenharmonie. Was ist nun zu tun? Welchen Weg muß die Arbeiterklasse gehen, um aus diesem Zusammenbruch zu retten, was zu retten ist?

Zunächst gilt es, der losfallenden Stelgerung des Preisniveaus, der mit Preissteigerungen dem Lohnindex voraussetzt, dadurch entgegenzuwirken, daß sofort gemeinsame Lohnkämpfe über das ganze Reich eingeleitet werden, um einen Ausgleich herbeizuführen. Ganz können diese Kämpfe nur dann erfolgreich geführt werden, wenn sie nicht mehr wie bisher den Charakter der Zerplitterung tragen, sondern wenn die einzelnen Berufsorganisationen der Arbeiterklasse, die bis jetzt durch ihre Teilkämpfe eine harte Schwächung der geschlossen Front gegen den Kapitalismus bewirken, bei ihren Kämpfen zusammengelockt werden zu einem einheitlichen und zentralisierten Kampfe über das ganze Reich auf der Basis der Einheitsforderungen.

Nicht nur die Frage, wie dieser Kampf geführt werden muß, spielt eine Rolle, sondern auch die Frage, um was es sich dabei dreht. Und diese Frage liegt vor allen Dingen veranlagt in der Tagesforderung der Bekämpfung der „Ware“ Arbeitskraft in Goldwährung. Gerade hier auf diesem Gebiete zeigt z. B. sehr typisch der Verlauf der Leipziger Messe, der in bezug auf die deutsche Produktion doch maßgebend ist, daß die deutschen Kapitalisten sehr zu verstehen die Laßt des Kampfes um höhere Profite, indem sie gegenüber der Bekämpfung der „Ware“ Arbeitskraft in vollkommener beständiger Baniermarke an die Arbeiterklasse ihre Waren nur in Goldzahlung an den Mann bringen. Dadurch ist aber unter geschickter Umwandlung der Bourgeoisie der Reallohn der deutschen Arbeiterklasse systematisch gesenkt worden, und der Kampf gegen die Verelendung des Proletariats muß vor allen Dingen auf die Basis dieser Forderung gelenkt werden.

Parallel mit diesen beiden Kampflinien aber muß einhergehen auch der Kampf um die Erfüllung und Befreiung aller Zugewohnungen. Denn gerade durch die Wohnungsverknappung ist die kapitalistische Gesellschaft ein Forderungsverhältnis der Arbeiterklasse gegenüber, und mit dieser Forderung gelangt es, sehr erfolgreich den Kampf der Arbeiterklasse zu unterbinden. Man muß deshalb auch diese Forderung sehr mit erheben und sich dafür einsetzen, wenn von vornherein die sichere Siegeslinie bereiteit werden soll. Ganz auffallend zeigt sich gerade bei dem Kampfe gegen die Wohnungsverknappung und den Wohnungswucher, daß mit Maßnahmen, die bis von letzter der Sozialreformer zugunsten der Arbeiterklasse vorgeschlagen und durch die Regierung durchgeführt worden sind, dem Ende nicht zu fern ist, sondern nur durch die einschneidendste Maßnahme der Wohnungsbeschlagnahme kann man das Uebel an der Wurzel fassen. Gelingt es, diese Forderungen durchzuführen, so wird zu gleicher Zeit eine erfolgreiche Kampagne gegen das soziale Elend eingeleitet sein, das am typischsten charakterisiert wird durch die Tuberkulosesterblichkeit in den Reihen der Arbeiterfamilien im Reich.

Diese Forderungen und der Kampf um dieselben, bilden die konkrete Antwort auf die Frage: Was ist zu tun? Wir sehen,

daß die Arbeiterklasse ganz inständig den Weg ihres Kampfes erkennt, und der Verlauf der Berliner Betriebsräteversammlung zeigt ja bereits das Ermüden des Kampfesinnerhalb der deutschen Arbeiterklasse. Es liegt nun im Interesse der gesamten Arbeiterklasse, daß die Kämpfe, wie sie bereits in Berlin durch das Proletariat eingeleitet worden sind, um die Teuerung und das Elend zu befeitigen, nicht nur auf die Reichshauptstadt beschränkt bleiben, sondern daß gerade die Unabwiesbarkeit wie hier bei uns in Berlin ein ernstliches Hindernis für die Fortsetzung der Bewegung preisgegeben sind als anderswo, daß gerade die Beschlüsse der Berliner Forderungen aufreizen und trotz des wüsten Geschreies der Saboteure diese Forderungen durchzuführen werden.

Vor allem aber liegt es an der hallischen Arbeiterklasse, als den ausschlaggebenden Faktor, hier sofort energisch den Kampf aufzunehmen zur Durchführung der Forderungen, die sie bereits in der Resolution des Gewerkschaftsartikels angenommen haben, und alle Betriebe zu mobilisieren, damit sie geschlossen in diesen Kampf eintreten.

Die Betriebsrätevollversammlung am heutigen Tage steht hiß deshalb vor die schwere Aufgabe gestellt, Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um die Kämpfe gegen den Hunger, gegen die Teuerung, gegen die Ausbeutung zu erfolgreichem Führen, das endlich die Arbeiterklasse alles an diesem Kampf auf heraufsummt. Das aber kann sie nur, wenn die Kämpfe auf dem Boden eines genauen Forderungen durchzuführen und nicht, wie in Berlin, ihre Inflationen Stützpunkte für die hochmöglichten Maßregeln machen läßt. Wir erwarten, daß die Betriebsrätevollversammlung den Ernst der Situation erkennt und demgemäß beschließt.

Abbruch der Verhandlungen mit Belgien

W.B. Berlin, 9. September.

Die Verhandlungen mit den Vertretern der belgischen Regierung in der Frage der Schweißwerke heute zu Ende geführt; ein abschließendes Ergebnis wurde noch nicht erreicht. Während in wesentlichen Punkten eine Einigung erzielt werden konnte, hat die Frage der Verlängerung der Bauzeit der Schweißwerke über sechs Monate hinaus Schwierigkeiten ergeben, da diese Verlängerung nach Auffassung der belgischen Regierung über den Rahmen der Entscheidung der Reparationskommission hinausgeht. Die belgischen Vertreter werden morgen mittags nach Brüssel zurückkehren, um ihrer Regierung Bericht zu erstatten. Sie erwarten, daß der amerikanische Mandat ausgehändigt als beendet, was jedoch einer Wiederaufnahme der Verhandlungen nicht entgegensteht.

Die Verhandlungen mit Belgien sind praktisch gescheitert. Die deutsche Erüllungsregierung hat einen neuen Mißerfolg erlitten. Die durch den Pariser Reparationsbeschluß geschaffene, unfaire und irreführende Situation bleibt bestehen.

Belgien hat die Befreiung der Schweißwerke, wie sie von dem Reichsminister wurde abgelehnt. Die belgische Regierung erfüllt damit nur die verbindende Verpflichtung, die sie in Paris von dem Reichsminister abgelehnt hat. Sie befolgt zugleich den Ratsschlag der belgischen Sozialdemokraten, deren Zentralorgan „Le Peuple“ noch vor drei Tagen schrieb, man müsse auf „festen Garantien“ von Deutschland nicht weiter zum Zahlen verpflichtet. Es muß entweder die Schweißwerke von 270 Millionen Goldmark durch die Herausgabe des Goldschatzes der Reichsbank oder durch anderweitige Garantien sichern. Am häufigsten wird davon, daß Deutschland die Schuldbriefe nicht in Bezug einlösen kann, neue Schulden und Zwangsmaßnahmen. Die angebliche „Bewusstlosigkeit“ muß durchgeben zu einer Beschäftigung der Arbeiter in Deutschland führen.

Die deutsche Schweißindustrie hat die Verhandlungen mit Belgien von vornherein sabotiert. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat es tanzen abgelehnt, irgendwelche Garantien für die Reichsregierung zu übernehmen. Der Sinneszweck, der durch den Vertrag mit Frankreich keine Hundert Milliarden Silbermarken für die deutsche Industrie der „Gewerkschaften“ nicht ist, hätte keinen Anlaß, dem Reichsverband aus der Klemme zu helfen. Die Haltung der deutschen Schweißindustrie gab den Ausschlag für das Scheitern der Verhandlungen. Sinnes hat jetzt den Vorteil, daß es die genauen Währungsfragen mit veräußert Kraft anstreifen und zu neuen Konstellationen zwingen kann. Die deutsche Arbeiterklasse dagegen hat die Aussicht auf eine neue Stelle der Selbstvertretung und der Teuerung.

Der Zusammenbruch der Presse

W.B. Stuttgart, 10. September.

Der Verein württembergischer Zeitungsverleger wendet sich an den Reichspräsidenten mit einem Hilferuf. Die Erhöhung des Zeitungspapierpreises auf das 42fache des Normalpreises hat die bisher für unmöglich gehaltenen Katastrophen herbeigeführt. Zeitungsverleger, die in den letzten Jahren schwer mitteilten und kleinen Zeitungen, die in den letzten Jahren leidend waren, wenn nicht noch durchgehende Hilfe komme.

In der letzten Kolonialversammlung des Reichspräsidenten nahm Herr Senfing (Vertreter von Westfalen) das Wort, um auf die Notlage der Presse hinzuweisen. Er führte aus, daß die Presse vor einer katastrophalen Katastrophe stehe. Zahllose Zeitungen sind eingegangen, und es kann ohne Lebensrettung keine Zeitungen mehr geben, in der nächsten Zeit die Zeitungen bis auf ganz geringfügige Ausnahmen in Deutschland eingehen werden.

Kobner verlangt Ermäßigung der Inflationen. Schlimmer ist aber die katastrophale Wendung in den Papierpreisen, die in der letzten Zeit eingetreten ist. Vor dem Krieg kostete ein Doppelbogen Zeitungspapier einfüßig 10 Pfennig, heute 2000 Mark, jetzt 840 000 Mark, und dabei hat das Papierfabrikat noch Zahlungsbedingungen, die dahin gehen, daß 50 Prozent von dieser horrenden Summe vorher bezahlt werden müssen. Ich brauche wohl nicht auseinanderzusetzen, daß kein Arbeiter in der Lage ist, unter den heutigen Verhältnissen in der Lage zu sein, die Summe zu zahlen, die er zu bezahlen hat. Dazu gehören ungeheure Willkür, und es ist ein Verbrechen, das ist der direkte Ruin für die ganze Presse. Was es für Folgen hat, wenn die Presse einget, brauche ich nicht näher auseinanderzusetzen. Die Papierfabrikanten sollen im Gede schwimmen, und trotzdem hat der Druckpapierband betroffen, das fortan für 84 Mark zu bezahlen ist. Der Arbeiter gibt dann zur Ermäßigung, ob nicht mindestens ein Zwangsmaßnahme zur Beschaffung und eventuell die Zwangsverwirklichung des Papiers wieder in Aussicht genommen werden soll. Vom Staat selbst, der für den Holzschlag in Betracht kommt, müßte etwas getan werden, um das Versehen zu befeitigen, auch um die Zellulosefabrikanten in die Schranken zurückzuführen. Rechnet sich! Wenn wir die Dinge so laufen lassen, wie sie in der letzten Zeit gelaufen sind, sind wir in vier Wochen faktisch erledigt. Das protestiere ich hier mit allem Ernst: sämtliche Zeitungen sind erledigt bis vierfünftel auf zwei oder drei in vier Wochen, wenn nicht sofort leitens der Regierung eingegriffen wird.

Der Reichsminister Schmidt antwortete, daß die Regierung anherbeist, der Presse zu helfen. Natürlich, denn sie leidet vor einer Sozialisierung der Holz- und Papierindustrie zurück.

Um das deutsche und französische Proletariat!

Um die internationale Arbeiterklasse!

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die Kommunistische Internationale begrüßt als wärmste die Tatsache, daß die Kommunistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs sich auf ihrer Konferenz in Köln zusammengekommen haben, einen gemeinsamen Kampf einzuleiten gegen den Verfall, den zunehmenden Verfall der Arbeiter in den Reihen der deutschen und französischen Arbeiterklasse durchzuführen; die deutschen, die einer gesteigerten Ausbeutung unterworfen, der französischen, die in neue militärische Abenteuer gestürzt werden soll. Nur die energische Aktion der Proletariat beider Länder kann verhindern, daß die Bourgeoisie, die ihre vollkommene Unfähigkeit zu irgendeiner verständigen Revision des Versailles Friedensvertrags bewiesen hat, die Welt in neue trügerische Abenteuer führt.

Die Kommunistische Internationale warnt die deutsche und französische Arbeiterklasse, irgend welche Hoffnung zu setzen, auf die ganz gewiß noch mehrmals einleitenden Verhandlungsversuche der bürgerlichen Regierungen. Sie können sich nicht verlassen, trotz ihrer Angst vor einem Kriege, denn ihre Interessen fließen auseinander. Während die englische Bourgeoisie in erster Linie befolgt ist um die Wiederherstellung des europäischen Marktes und darum geneigt ist, Deutschland Erleichterungen zu gewähren, wird die französische Bourgeoisie getrieben, energischer durch die Angst, ihr Budgetdefizit durch die Besetzung der Ruaren aus der Welt zu schaffen — denn das würde den Zusammenbruch des Bloc National herbeiführen — andererseits wird sie für die Vorkriegs- und Kriegsjahre Deutschlands angetrieben durch die Gier der französischen Schwerindustrie, die rheinisch-westfälische Kohle mit dem Eisen von Brien und Leirungen zu vereinigen, was ihre industrielle und damit die politische Hegemonie in Europa sichern würde. Sie werden darum zwar eine Zeitlang am Problem herumspulieren, aber sie sind nicht in der Lage, es zu lösen.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die Kommunistische Internationale ruft Euch vor jeder Hoffnung darauf, daß die Diplomaten aus der 22. und 24. Internationale der Welt in der Arbeiterklasse der Welt, die die Bourgeoisie durch die Zerschlagung der Arbeiterparteien von ihrer verabschiedeten Politik zurückzuführen. Die Leute, die es nicht gewagt haben, auf die Verheißung des amerikanischen Kapitals, den Streik der amerikanischen Bergarbeiter mit Waffengewalt niederzuwerfen, mit der Sperrung der Zufuhr von Kohle für Amerika zu antworten, die Leute, die die amerikanischen Bergarbeiter durch die Zulassung eines Belegschaftsverhältnisses, sie sind natürlich nicht gewillt, das einzige zu tun, was in der Lage ist, den Kapitalismus zu zwingen, von der Politik der Milderung auch nur für einen Augenblick abzusehen: sie sind nicht in der Lage, die Proletariat zum revolutionären Kampfe aufzurufen!

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Frankreichs und aller Länder!

Die Kommunistische Internationale ruft Euch ins Gewissen, die Notwendigkeit zu erkennen, durch Taten den bürgerlichen Regierungen ein „Halt“ zu rufen. Es handelt sich nicht um ein paar Forderungen, es handelt sich darum, daß Ihr in den nächsten Tagen die Arbeiterparteien durch eine nachdrückliche, energiegeladene Agitation alle Schichten, alle Klassen aufzurufen und mit dem Bewußtsein erfüllt, daß die Situation nicht weniger ernst ist, als im Jahre 1914. Es handelt sich darum, daß Ihr die revolutionäre Kampfbereitschaft in den Massen schafft und bei der Zulassung der Gefahr die in großen Kolonnen in den Straßen aller Städte aufzumarschieren läßt. Es handelt sich darum, daß die

Sie wagt nicht, das Privateigentum zu stützen. Schmidt erklärte: Ich habe nur die beiden Wege: Entweder die Vergabe von Holz oder die Abgabe für das gesamte Holz in höherem Maße als es das Gesetz bestimmt. Anders kommen wir zu keinem Ergebnis. An und für sich bin ich bereit, die Organisation der Zwangsindustrie für die betreffenden drei Gruppen zu machen, aber ich unterbreite nochmals, das löst die Frage nicht.

Die Preisveränderungen können wir vielleicht ausmerzen, aber in welchem Augenblick steigt der Holzpreis wieder so hoch, daß sich der Druckpapierpreis wieder an die Grenze kommt, die wir befehlen wollen.

Nur höchste Anspannung in der Agitation kann die Arbeiterpresse für die nächste Zeit halten. Reiten Endes aber ist der Kampf um die Presse ein politischer Machtkampf zwischen Kapital und Arbeit.

Höll hungeriert den sechsten Tag!

Seit Mittwoch hungert Genosse Höll zum zweitenmal. Heute bereits der sechste Tag, daß er jede Nahrung ablehnt. Genosse Höll ist einfallend, diesmal nicht nachzugeben; entweder er verhungert oder das bisherige Marterium hört auf.

Die deutsche Arbeiterklasse kann nicht unteilhaft diesem Kampf eines Revolutionärs zusehen. An Höll ist ein Zustimmung der ganzen Arbeiterklasse, der nicht minder hinterhältig und gewissenlos ist, wie die Worte an untern Seiten. Selbst bürgerliche Blätter, die langjährig Zuständig war, wurden in der Lage, die wir vor kurzem gebracht haben, beweisen, was den Bürgerlichen nur zweifelhafte ist: Höll ist das ist im geschichtlichen Worte ein Außerordentliches, heraus mit Max Höll und allen übrigen gelangenen Revolutionären!

Auer sendet dem Wörder Graf Arco einen Blumenstrauß

Auf eine Veröffentlichung des bayerischen Bauernführers Dr. Heim erklärt der Führer der SPD in Bayern, Erhard Auer, es ist richtig, daß er dem Grafen Arco, dem Wörder Eisners, einen Rosenstrauß geschickt habe, als er mit ihm zusammen in der Christlichen Klinik lag. Das sei lediglich ein „Menschheitsakt“ ohne politische Bedeutung gewesen; nur „anarchistischer Baunismus“ könne dem Baumengleich eine Willigung der Wörder Arco geben. Die sozialdemokratische Presse verurteilt Auer alsbald. Es gelingt ihr nicht, Warum die Entfaltung über Auer? Gemäß, ein laffenbewußter Arbeiter dankt für eine Partei, in der die Auer Führer sind. Aber es handelt sich nicht um den einen Auer, es gibt dort deren mehrere. Und das ist eine ganz natürliche Sache, denn die Politik der SPD wird nach dem Rosenstraußrezept des Erhard Auer gemacht.

Neue Teuerungstrawalle in Rattowitz

W.B. Rattowitz, 11. September. Der „Rattowitzer Zig.“ zufolge fanden wegen der Richtigstellung der veränderten Voranschlagszahlen wieder einige Krawalle statt. Die Demonstranten versammelten sich in

Bourgeoisie weiß, daß alle Köder füll Rehen an dem Tage, wo sie verlassen wird, ihre Drohungen auszuführen.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Das könnt Ihr nur tun, wenn Ihr Eure Reihen zusammenschließt! Mehr denn je ist es notwendig, daß die Einheitsfront des Proletariats aufgeführt wird. Die 2. und die 24. Internationale haben das Verbrechen auf ihrem Gewissen, den proletarischen Weltkongress sabotiert zu haben, den wir auf der Berliner Konferenz der drei Internationalen gefordert haben, um den notwendigen Kampf des Proletariats einheitlich zu organisieren. Was nun oben durch ein Abkommen der drei Internationalen nicht gelungen ist, das muß erreicht werden durch den Zusammenstoß von unten: durch den spontanen Aufmarsch der Proletariat aller Länder, auch gegen die Führer, die den Kampf vermeiden wollen!

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die 2. und 24. Internationale, die Amerikaner Internationale fordern Euch auf, „Deutschland“ zu unterliegen. Was für ein Deutschland? Das Deutschland der Bourgeoisie, die ihre Herrschaft aufrecht erhalten hat? Das Deutschland der bürgerlich-sozialdemokratischen Regierung, die nichts tut, um die Bourgeoisie zu beherrschen und alle Kräfte auf den Rücken der proletarischen Massen abwälzt? Zur Unterjochung dieses Deutschlands fordern wir Euch nicht auf! Die deutsche Bourgeoisie und ihre Lakaien sind bereit, weiter ungeheure Lasten auf den Rücken des deutschen Proletariats zu laden, sie kämpfen nur darum, daß sie verlassen wird in der Rolle des Schweißtreibers und Schweißvogtes der Entente.

Arbeiter Frankreichs!

Wir fordern Euch auf zum revolutionären Kampfe gegen die Politik Cures Regierung, gegen den französischen Imperialismus, nicht um dem deutschen Imperialismus wieder auf die Beine zu helfen, sondern damit die Enttarnung des militärischen Dudes des französischen Imperialismus die Kräfte des deutschen Proletariats der deutschen Revolution freimacht!

Arbeiter Deutschlands!

Wir fordern Euch auf zum Kampfe gegen die deutsche, bürgerlich-sozialdemokratische Regierung, für die proletarische Arbeiterregierung, die ihrerseits ihre Angst des Wiederankommens des deutschen Militarismus von den französischen Massen nehmen und sie befähigen wird, sich von dem Banne des Nationalismus zu befreien.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands und Frankreichs!

Wir fordern Euch auf zum gemeinsamen revolutionären Kampfe, aber allein durch die gemeinsame Arbeit des Proletariats der ganzen Welt an dem großen Werke des Wiederaufbaus der durch den Kapitalismus zerstörten Welt!

Kommunisten aller Länder!

Entfaltet die energiegeladene Agitation für die Ausrichtung der proletarischen Einheitsfront, für den Kampf gegen alle Mächte des Imperialismus! Ihr sollt der helle Oben und das Gelbe der sich entgehenden Proletariat aller Länder sein!

Nieder mit der imperialistischen Milderung!

Es lebe die Einheitsfront des Proletariats gegen den Weltimperialismus!

Zur Tat, Proletariat aller Länder, zum Kampf!

Moskau, 2. September 1922.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale.

Gruppen und Jüden vor mehreren Kaffeeshülern, um dort Schieber herauszuholen und zu lagern. Ein Zwanderweg wurde geformt und ausgearbeitet und die gleiche Vordereinstellung festgestellt. In verschiedenen Wohnungen wurden die Fenster eingeschlagen. Ein Wädeladen wurde geplündert. Ebenso wurden Döhlände geplündert und das Döhl weggenommen.

Oberschießensrummel in Berlin

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 11. September. Gestern fand in Berlin wieder ein nationalitätlicher Rummel sogenannter Ochsenschlägers statt. Präsident Ebert und Reichspräsident Brügel leisteten die Veranlassung. Ebert hielt eine nationalitätliche Rede. Nach Schluß der Rede, die mit den Worten endete: „Die gut preislich allewege“, spielte die Wucht „Deutschland, Deutschland über alles“. Das ganze Haus erschob sich und lang mit. Dem folgte ein Trauermarsch zum Andenken an die gefallenen Ochsenschläger.

Wieder eine Niederlage der deutschen SK. In Eberfeld war von dem „neutralen“ Gewerkschaftsartikel, der SPD, und USPD eine Versammlung gegen das „Moskauer Manifest“ einberufen worden, die einen förmlichen Beschluß faßte gegen Sowjetrußland unter grobem Entzweiungsumstrahl. Die von den Veranlassern eingebrachte Resolution gegen die „Anstiftung“ wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die SK haben auch in ihrer rheinlandischen Hochburg eine vernichtende Niederlage erlitten.

Die Türken in Smyrna

Smyrna, 10. September.

Remal Pascha ist in Smyrna eingezogen, wo ihm von der Bevölkerung ein feierlicher Empfang bereitet wurde. Die Soldaten veranlasseten einen Hunger und forderten die Absetzung König Konstantins und die sofortige Demobilisierung.

Landung englischer Truppen

W.B. Paris, 11. September.

Wie die Agence Havas aus Angora meldet, hat dort die Nachricht von der Landung englischer Truppenverrichtungen an der Küste des Marmarameeres Entzweien hervorgerufen. Man sei in Angora der Ansicht, daß diese Belegung nur bis zur Ankunft der kemalistischen Truppen dauern könne. Andernfalls werde die türkische Armee gezwungen sein, sich dem Aufmarsch der Truppen auf kleinasiatischem Gebiet zu widersetzen.

Die Vorbereitung des Waffenstillstandes

W.B. Paris, 10. September.

Der italienische Gesandtschaftsleiter überreichte eine Note seiner Regierung, die die französische Regierung ersucht, sich mit der griechischen zu verständigen und Vertreter zu einer Konferenz nach Venedig zu entsenden zwecks Vorbereitung des Waffenstillstandes zwischen Griechenland und der Türkei. Die Kriegführenden werden ersucht, zu diesem Zweck sofort die Feindfeindlichkeiten einzustellen.

Halle und Saaltreis

Halle, den 11. September 1922

Nicht Bruderkrieg, sondern Kampf gegen Teuerung und Wucher!

„Der beste Kampf gegen die Kapitalisten ist der Kampf gegen die Kommunisten.“ So lautet die Gewerkschaftsflügelartikül des Offenen Briefes der SPD. im Frühjahr 1921.

Das für die Gewerkschaftsfunktionäre bestimmte „Korrespondenzblatt des ADGB“ bringt in seiner neuesten Nummer einen Artikel mit der Überschrift: „Propaganda an der Arbeit.“ Darin wird versucht, den Gewerkschaftsfunktionären zu beweisen, daß die angestrebte sozialistische Teuerung von den Kommunisten aufgestellten Forderungen phantastisch und unburchbarbar seien, daß es den Kommunisten (obwohl sie selber hungern) nicht darauf ankomme, etwas gegen die Teuerung zu tun, und daß darum die nichtkommunistischen Arbeiter alle Beziehungen zu ihnen abzubrechen sollten.

Die Aufforderung an die nichtkommunistischen Gewerkschafter, die Kampfgemeinschaft mit ihren kommunistischen Arbeitern zu brechen, kann natürlich nicht ausgeführt werden, obgleich man zu beweisen versucht, daß der ADGB die Interessen seiner Mitglieder voll und ganz vertrete, daß man die Kommunisten schon darum ausschalten könne, weil der Kampf gegen das Kapital zur Zeit unnötig und unmöglich sei.

Es wird gesagt, daß der ADGB, alles zur Vinderung der Not der Arbeitenden tun will, was gehen kann, „ohne innerpolitische Kämpfe herbeizuführen.“ Die Vorschläge der Kommunisten sind deshalb allen Schritten zu bekämpfen, weil sie zu „Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens“ führen könnten. Wir haben Abwehrkämpfe gegen die Teuerung und darum nach dem ADGB, unter allen Umständen zu vermeiden.

Die Kommunisten erklären demgegenüber, daß die Ursache des Kapitalgebettes, der Geldentwertung und der Wucherpreise nicht allein in den Monopolstellungen begründet sei. Wohl ist der Kampf gegen den Verschaffer der Wertpapier ein Kampf des gesamten internationalen Proletariats, in dem allein die Kommunisten bisher führend vorgegangen sind. Doch verlieren sie dabei nie aus dem Auge, daß die deutsche Arbeiterkraft von der deutschen Bourgeoisie aus schändlichste ausgebeutet und ausgezehrt wird, und daß auf Kosten der verelendeten Arbeiterkraft die deutschen Kapitalisten Riesengewinne häufen. Die Forderungen, die die Kommunisten im Kampf gegen die Teuerung aufgestellt haben, sind von der deutschen Arbeiterkraft zu verwirklichen, ja liegen durchaus im Rahmen der gewerkschaftlichen Aufgaben.

Der Ruf der SPD, fordert Arbeiterkontrolle der Börsen und Banken. Während der Arbeiter jede Papiermarkt seines Lohnes verweigern muß, können die Besitzenden unter dem Deckmantel des Bankgeheimnisses ihre Kassenvermögen verbergen, ins Ausland verfrachten, dem Steuerzwang entziehen. Mit schändlichsten „Kontabilitätsberichtigungen“ will man die Zahlung der Steuern elenden Hungerlöhne rechtfertigen. Darum ans Lagerlicht mit den der Arbeiterkraft überreichten Werten! Die Angestellten sind imstande, diese Kontrolle auszuführen.

Die SPD fordert ferner Arbeiterkontrolle der Aus- und Einfuhr. Die Arbeiterkraft kann nie den internationalen Austausch lebenswichtiger Güter verhindern wollen, sie will aber kontrollieren, was ins Ausland geht, dafür sorgen, daß die entsprechenden Gegenwerte dafür herinkommen und daß nicht der Erlös für die ausgeführten Waren im Ausland deponiert bleibt. Die Einfuhr unnötiger Luxusartikel ist zu verhindern zugunsten der Einfuhr von Getreide, Milch und Fett usw.

Die weitere Forderung: Arbeiterkontrolle des Lebensmittelhandels und der Lebensmittelverteilung muß von den Organen der Arbeiterkraft über das ganze Reich ausübt werden, um der Zurückführung der Lebensmittel zu wucherischen Zwecken zu begegnen. Da mit der raffinierten Sabotage der Bourgeoisie zu rechnen ist, müssen Erfassungskommissionen zur Entdeckung der notwendigen Lebensmittel mit dem Recht der Beschlagnahme ausgerüstet werden.

Wie die „Volksstimme“ bei Besprechung des Hamburger Beispiels sehr richtig bemerkt, genügt die Erfüllung und Verteilung der notwendigen Lebensmittel nicht, die Kontrolle der Produktion ist noch wichtiger. Die SPD fordert darum: Arbeiterkontrolle der Fabriken und Gruben und Erhaltung der Sach- und Goldwerte. Die Produktionsmittel müssen sozialisiert werden und unter Kontrolle der Arbeiterkraft voll ausgeübt werden. Es gibt keinen anderen Weg, der Produktionsanarchie und Sabotage der Bourgeoisie ein Ende zu machen.

Der ADGB will dies nicht einsehen. Das „Korrespondenzblatt“ glaubt allen Ernstes, daß die nichtkommunistischen Gewerkschafter heute tatsächlich im Laune wären, die von ihm empfohlenen Kampfregeln gegen die Kommunisten zu beachten. Was wird da nicht alles empfohlen! Man höre:

„Was immer wird hier und da die falsche Solidarität gepflegt, die auch in dem Propaganda der Arbeiterbrüder liegt. Nein, den Kommunisten muß man auf die Hände sehen und nicht nur auf das Maul. Seine Taten müssen gerügt werden und nicht nur seine freigelegten Worte, die jeder Geset anwenden kann.“

„Es ist nicht ein betrübliches Zeichen, daß sich die Betriebsräte hier und da von solchen kommunistischen Kräften mehren ins Schlepptau nehmen lassen und dass noch hohle nutzigen Mitglieder der SPD oder Mitglieder der USPD, in denen solchen Arbeitern das Gefühl der Pflichterfüllung gegenüber ihrer Partei und Gewerkschaft ganz abhanden gekommen?“

Man kann wirklich nicht mit härteren Worten Arbeiter gegen Arbeiter heben. Trotzdem ist die Wut des Kritikers über die „Korrespondenzblatt“ vergeblich. Wenn er einen Weg aus dem Elend weisen könnte, wäre es möglich, daß er nichtkommunistische Gewerkschafter, kommunistische Arbeiter aufbringen könnte. Der ADGB kann bei keinem Arbeiter mehr Glauben finden, wenn er noch so bewußt schreibt, daß ihm die Kommunisten „in den Rücken gelassen“ seien. Wo ist denn der Kampf des ADGB, wenn man in den Rücken lassen könnte? Er kämpft ja bloß gegen die Kommunisten.

Der Hunger wirkt auf den Eingeweiden nichtkommunistischer Arbeiter. Sie sind in ihrer großen Mehrheit lebensweges genügt, sich auf Gehalt verlebender, energiereicher Bureaufanten gegen die Kommunisten hegen zu lassen. Immer größerer Scharen reihen sich ein in die proletarische Kampfront.

Wir Kommunisten haben der vergifteten Hege des ADGB gegenüber nur ruhig, sachlich, aber entschieden unsern Standpunkt zu vertreten. So wird die Sabotage der Arbeitsgemeinschaften gebrochen werden.

Die heute abend in Halle tagende Vollversammlung der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre wird den Leuten des

Bundesvorstandes zeigen, daß die Mitglieder der freien Gewerkschaften sich nicht in diesen ersten und schweren Stunden gegeneinanderbeihen lassen, daß sie vielmehr den Ernst der Lage erkannt haben und gemeinsam den Kampf führen wollen.

Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionäre!

Seute abend 7 Uhr

spricht im „Volksparl“ in der vom Gewerkschaftsartikel einberufenen

Vollversammlung

Geselle Wötter

Mitglied der Leipziger Kontrollkommission.

Diese Versammlung soll die Maßnahmen gegen die Teuerung beschließen. Jeder Betriebsrat und Gewerkschaftsfunktionär muß erscheinen.

Die kommunikativen Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre treffen sich um 6 Uhr im Kartellzimmer zu einer Aussprache.

Zum Kampf entschlossen

Die feige Haltung des ADGB, die offene Unterstützung der Stinnesregierung durch die Spigenorganisationen bringen die Arbeiterkraft immer mehr auf den Plan, rütteln die Besitzschaften immer mehr auf. So hat neben vielen anderen Beschlüssen die Arbeiterkraft der Firma Wegelin & Hübner ihre Unzufriedenheit und Kampfbereitschaft in folgender Resolution niedergelegt:

Die Vollversammlung der Firma Wegelin & Hübner, Bert III, wendet sich mit aller Schärfe gegen die Stellungnahme des Bundesauschusses des ADGB, der durch seinen Vorsitzenden Leipart erklärt hat, daß der Reichsbetriebsratkongress mit allen Mitteln verhindert werden müsse.

Die Beschlüsse fordern die schnellste Einberufung eines Reichsbetriebsratkongresses durch die Gewerkschaften. Da die Existenz des gesamten westlichen Volkes durch die wilden, runden Preissteigerungen auf das verhängnisvolle bedroht wird, sehr wohl in den Forderungen der Kontrolle der Produktion und der Freie durch Kontrollorgane der Arbeiterkraft, sowie Verteilung durch ebenfalls Organe den einzig richtigen Weg, um einer weiteren Verteilung der wertvollen Bevölkerung vorzubeugen. — Weiter fordern wir vom ADGB, daß er eine Kampagne einleitet, um die von ihm selbst aufgestellten Punkte zu verwirklichen.

Weiter fordern wir die Freilassung aller wegen politischer Vergehen Inhaftierten, vor allem Freilassung des Gesellen Max Spil.

Das Gewerkschaftsartikel wird beauftragt, die Resolution dem ADGB zu übermitteln und für Durchführung derselben Sorge zu tragen.

Die Städtischen Arbeiter für die Forderungen der Berliner Betriebsräte

In einer aufgelassenen Betriebsversammlung, in der Genosse Spil die über die Teuerung und Abnahmemaßnahmen der Arbeiterkraft referierte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 6. September tagende Betriebsversammlung des Hildesheimer Tiefbauamts Halle begrüßt das Vorgehen der Berliner Betriebsräte und fordert alle Proletarier im Reich auf, den Kampf der Berliner Kollegen gegen Teuerung, Wucher und Spekulation, und für die proletarische Einheitsfront mit allen Mitteln zu unterstützen.

Der Kampf der Koalitionsbrüder

Zu keiner Zeit haben die „Volksstimme“ und „Volkszeitung“ sich mehr mit uns Kommunisten beschäftigt als jetzt. Niemals hatten diese beiden Blätter an Verdrängung und Verleumdung der Kommunisten und des „Klassenkampf“ mehr als in den letzten Wochen. Die „Volksstimme“, das von den Leunagewaltigen besetzte Organ, trägt bei der SPD an, für wen der Bergmann die Überstimmen verleiht und kommt selbst zu dem Schluß: Die Arbeiterkraft wird nicht für den Kapitalisten, sondern für das Proletariat gekämpft. Mit dieser Abfolge kommt man schließlich zu dem Schluß, daß alte Arbeit für das Proletariat geleistet wird. Nur ist der Hafen der, daß die Kapitalisten sich bei der Arbeit, ohne zu arbeiten, bereichern.

Die verheerliche Hege- und Verleumdungskampagne der sozialistisch sein wollenden Zeitungen hat natürlich den Zweck, die Arbeiterkraft gegen die Kommunisten, die den Ausweg aus dem jetzigen Elend zeigen, aufzuheben. Diese Zeitungen wissen keinen anderen Rat, als „Ruhe und Ordnung“ zu bewahren und „die Hände zum Hemmen zu legen.“ Die Koalitionsfähigkeit, der Reichsbetriebsratkongress sind Maßnahmen von Jesuitinnen und mildgewordenen Saboteuren der deutschen Wirtschaft. So denken diese Leute die Arbeiterkraft auseinanderzuheben, um dadurch einen Kampf gegen den Wucher, gegen weitere Verteilung aus dem Wege gehen zu können. Die Arbeiterkraft erkennt, daß die Kommunisten auf dem richtigen Wege sind, die Arbeiterkraft erkennt, daß die Maßnahmen der Kommunisten im Interesse der arbeitenden Klasse liegen — sonst würde SPD und USPD nicht in diesem Maßstabe gegen die Kommunisten hegen.

Die neuen Löhne der Schuhmacher

Die neuen Löhne der hiesigen Schuhmachergesellen betragen ab 1. bis 8. September 1. Klasse 32 M., 2. Klasse 30,50 M. pro Stunde; ab 9. bis 15. September 1. Klasse 38 M., 2. Klasse 36,50 M. pro Stunde; ab 16. September bis 1. Oktober 1. Klasse 42 M., 2. Klasse 40,50 M. pro Stunde.

Es muß allen Kollegen zu Pflicht gemacht, auf Zahlung dieser Löhne zu dringen, da jeder Arbeitgeber verpflichtet ist, selbige zu zahlen.

Erhöhung der Angestellten-Gehälter

Die Ma teilt uns mit: Am 9. d. M. wurden von den Spigenorganisationen gemeinsam mit der Allgemeinen Arbeiterbewegung vereinigt die Lohnangelegenheiten der unter den Ortsratif fallenden Angestellten endgültig beigelegt.

Für August werden die Zulagegähler um 52 Prozent erhöht. Besprechungen über die Septembergehälter werden voraussichtlich am Donnerstag, dem 14. d. M., stattfinden.

Für die „Rote Hilfe“. Aus einer vom 18. Distrikt nach Sennewitz unternommenen Agitationstour sind für die „Rote Hilfe“ 651 M. gesammelt worden. Vom Genossen Samuel gingen 50 M. für die „Rote Hilfe“ ein.

Konzert des hiesigen Mandolinensochers. Das der hiesigen Arbeiterkraft nicht unbekannt Mandolinensocher unter der Leitung von Leo Schönbach, gab gestern ein sehr wertvolles Konzert. Das Orchester beist im hohen Grade die Fähigkeit, bedeutende Musikstücken („Adagio“ aus Beethovens Pathétique, Kollmaned, Pirand) durch Mandolinenspiel Wirkung zu verschaffen. Wie leuchtende Blumen in einem Kornfeld, boten die Glangensingen von H. Lehmer (Schützler) eine erfreuliche Abwechslung.

Ammendorf

Gemeindevertreterführung. In der am Freitag stattgefundenen Sitzung wurde die Vergütung für die Gemeindevertreter der SPD erhöht. Der Beschluss wurde an der Bergmannsversammlung mit dem Ziel der Stadthalte an die Gemeinde übertragen. Das Reichsdienstverhältnis ist in der Fassung des Gemeindebeschlusses ausgedehnt und wird im Jahr des Gemeindehaushaltes ausgeglichen werden. Durch den Anbau von Wohnungen in der „Silberhöhe“ muß die Wasserleitung um 175 Meter verlängert werden. Da es Arbeiterwohnungen sind, stimmen die Vergütungen dagegen, es wurde aber angenommen. Die Veranlagung will das Land am Bahnhofrestaurant (Schrebergärten) gegen Hinterland an der Regensburger Straße kaufen. Die Gemeindevertretung ist im Prinzip mit dem Laich einverstanden, doch nicht mit Hinterland, sondern gegen vollwertiges Vorberland. Das Gaspreis müßte wegen der Kohlenfallung vom 1. September an auf 13 M. erhöht werden. Gegen die Erhöhung ist wegen der Kohlenfallung nicht aufzustehen. Die Klagen über die Beschäftigung des Gases werden sich wieder. Dem Führerunternehmerhöhung werden für Jährlich, Gehalt mit zwei Kindern, pro Tag 1800 M. bewilligt. Die Löhne der Gemeindearbeiter werden um 20 M. pro Stunde erhöht, die Löhne der Arbeiterfrauen werden proportional in gleicher Höhe heraufgesetzt.

Mieter. Klung! Von den Hausbesitzern werden den Mietern jetzt gedruckte Zettel vorgelegt, die Höchstmiete angeht. Da auch diese Zettel einige Fehler enthalten, warnen wir die Mieter vor übereiligem Handeln. Der Mieter-Verein Ammendorf wird sich mit dieser Angelegenheit noch befassen. Holt Euch Unterstützung bei Euren Vertrauensleuten.

Jägerben

Mangel an Kleingewerbe. In den letzten Tagen ist der Geldentwert eingetroffen. Um nun das Defizit nach bei gutem Wetter einzubringen, haben sich vielfach Schächten gefunden die ausgebeutet, matt und müde, an ihren Nachmittagen von der Arbeitstätte zurückgehen, gleich an die Denkmalsarbeit herangehen und für die „zukunftsreiche Erinnerung“ bis in die späte Nacht mit leerem Magen sich abgeben. Diese Elemente, die während des Ammendorfs 1918 und später sämtliche Arbeiter mit Haut und Haaren freieren wollten, sind jetzt frustriert, denn die Arbeit ist so leicht beeinflusst, daß man durch die auch noch nicht befragen, wenn ihr noch mehr ausgebeutet werdet und die wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel noch teurer werden. Darum, mehr Kleingewerbe!

Aus der Provinz

Große Reinigung bei der Schupo

Diesmal handelt es sich aber nicht um die von vielen republikanischen Beamten ersehnte Säuberung, sondern um die von republikanischen Elementen, sondern diesmal, handelt es sich um ein „Grubben- und Scheuerfest“ bei der Schupo in Magdeburg. Es ist kaum glaublich und wir selbst würden an der Wahrheit des hier Gelagten zweifeln müssen, das so etwas geschehen kann, wenn wir nicht vor uns schwarz auf weiß den famosen Befehl liegen hätten. Wir wollen dabei noch bemerken, daß diese Beamten gemeinsam für eine Stube, die von mehreren bewohnt wird, allmonatlich die Summe von durchschnittlich 300 bis 500 M. zu zahlen haben.

Am 20. Juni 1922. Abteilungsbevollmächtigter Nr. 88.

Quartierreinigung

Am Sonnabend, dem 22. d. M., ist eine gründliche Reinigung vorzunehmen. Die regelmäßige Dienst kommt damit in Form. Die Quartiere, denen um fünf auf dem Hofe gründlich zu klopfen und bei trockenem Wetter auch zu lüften. Besonders wird erinnert an das Abwischen der Stubentüren innen und außen, an das Säugen der Fenster und sauberes Scheuern der Fußböden. Die Türen sind auf das genaueste zu säubern. Die Dienstwörter sind von der Veranlagungsstelle zu empfangen. Falls alle Aufträge und Vorschriften nicht vorhanden sind, haben die Dienstlichen je eine Leitkarte und Wägschüssel bei der Veranlagungsstelle auszuführen. gez. Tiele, Pol-Major.

Und nun Lage noch einer, bei der Schupo werde nicht gereinigt! Und da die Reinigung nicht tut, befehlen die Schupo-Offiziere die Reinigung selbst. Der Befehl erinnert an die schlimmsten militärischen Zeiten. Sind die Schupooffiziere denn Soldaten oder Beamte?

Meriburg

Die Menschewitschen und die Teuerung. In der letzten Kartellversammlung sollte Stellung genommen werden zur Teuerung. Ein politisches Ergebnis wurde aber von den Menschewitschen verhindert. Das Ergebnis der „Worte“ waren leere Reden. Der USPD-Führer (Angestellter des Metallarbeiterverbandes), der zu dem Zeitpunkt referierte, wiederholte dabei einen Vortrag, der ihm vor vierzehn Tagen irgendwo von einem „Bürokrat“ für Koalitionspolitik gehalten worden ist. Vörsenpekulation in Auslandsdevisen, „Dollarsatz“, Produktionsrückgang (auch die Auslandsdevisen) bei der Arbeiterkraft müßte erhalten, das sind nach seiner Ansicht die Hauptgründe für die rasche Steigerung der Preise. Ihre Ursache schließt er vor: Steigerung der Produktion durch Verbesserung der Produktionsmittel, Befähigung des Devisenhandels, Einfuhrbeschränkung, Erhöhung der Steuern usw. Alles in allem brauchen wir eine aktive Handelsbilanz. Man kann sagen, daß er keine Prüfung zur Aufnahmebereitschaft in die SPD, gut bestanden hat. Daß die Lösung des Teuerungproblems vor allem eine Aufgabe ist und die Aufhebung der Koalitionspolitik zur Voraussetzung hat, darüber darf ein Reformist nicht nachdenken. Vor allem Dingen nicht in dem Augenblick, wo der Vorstand des ADGB, die offizielle Vermittlung durchführt zwischen Sinnes und Boincare zur Ausparierung des deutschen Proletariats. Diese Arbeitergemeinschafts- und Koalitionspolitik der Führerschaft hat nicht schon den Konsensum bis herunternommen. Der Dienstangehörige, der sich nicht mehr gemeldet hat, hat seinen Antrag der Kommunisten, die sie auch vorzulegen, das Thema in einer vom Kartell einguberufenen öffentlichen Versammlung zu behandeln, wurde abgelehnt. Die Meinung dieser Leute ist, es werde sich schon noch alles finden! Answischen kann die arbeitende Bevölkerung so verunglücken!

Stendal

Gesellschaftliche Lohnverhandlungen in der Metallindustrie. Die Verhandlungen in der Metallindustrie für die März mit dem hiesigen Arbeitgeberverband, die am 5. September in Stendal stattfanden, sind abgeschlossen. Der Dienstangehörige, der sich nicht mehr gemeldet hat, hat seinen Antrag der Kommunisten, die sie auch vorzulegen, das Thema in einer vom Kartell einguberufenen öffentlichen Versammlung zu behandeln, wurde abgelehnt. Die Meinung dieser Leute ist, es werde sich schon noch alles finden! Answischen kann die arbeitende Bevölkerung so verunglücken!

Bereitschaftlich bei den redaktionellen Leit: Hans Eberhard. Für den Feuilleton: Fritz Krosch; Druck und Verlag: Produktionsgemeinschaft für den „Klassenkampf“, Magdeburg, a. G. u. D., Reichendstraße 14, 1. Etage, Verlag „Klassenkampf“.



